



Das Bedürfnis

eines

Staatsraths für das deutsche Reich

von

Dr. L. v. Morgenstern.

P e s s a n.

Druck der Hofbuchdruckerei.

1848.

Eintracht und

Eintracht

Eintracht und ein Eintracht

Eintracht



Die künftige politische Gestaltung Deutschlands läßt sich für jetzt so weit übersehen, daß die sämmtlichen deutschen Staaten ein Reich bilden werden, welches ihnen selbst ihre Selbstständigkeit und ihren Staatsbürgern deren Freiheit verbürgt, so weit diese neben den Gesamtinteressen des deutschen Volkes bestehen können. Diese Gesamtinteressen, deren Umfang mit Vorbehalt der zweiten Lesung bereits bestimmt ist, sollen durch eine Volksvertretung und eine Reichsregierung gesichert werden. Die Gestaltung der Volksvertretung ist in Berathung, die Form der Reichsregierung für jetzt (in der Mitte Decembers 1848) noch ein Gegenstand der gespanntesten Erwartungen, streitender Interessen und unendlicher Schwierigkeiten. In welcher Form sie aber auch am Ende kund gegeben werden möge, Eins thut vor Allem Noth: daß sie in einem richtigen Verhältnisse zu

den einzelnen deutschen Staaten stehe. Wir Alle, die wir die wahre Freiheit des deutschen Volkes, die Entwicklung des ganzen Reichthums seiner Fähigkeiten, seiner Kraft und seiner Hülfquellen nach Innen und nach Außen wollen, müssen eine kräftige Regierung an Deutschlands Spitze wünschen. Eine solche gewinnen wir aber nicht in einem idealen Aufschwunge, wenn wir sie mit einer Macht ausrüsten, die sie in der Idee auf eine Höhe stellt, von welcher aus sie alle einzelnen deutschen Staaten überragen soll, sondern allein durch eine richtige Würdigung dessen, was in unsern öffentlichen Verhältnissen als Gegebenes vorliegt. Wie verschieden auch unsere Ansichten von Partikularismus sein mögen, ob wir in ihm einen Fluch, oder einen Segen des deutschen Volkes erblicken, darin werden wir Alle einig sein, daß er wirklich da ist. Dieß hat sich zu allen Zeiten ergeben, und noch in unserer allerneuesten Geschichte hat es sich vielfach und überall in Deutschland unwiderleglich kund gethan, daß die Idee der Einheit Deutschlands zwar überall in dem deutschen Volke lebt, daß aber daneben der Partikularismus viel tiefer in dessen einzelnen Stämmen

wurzelt. Diesem Gegebenen muß daher Rechnung getragen werden. Denn nichts ist gewisser, als daß die Idee einer Ueberragung der einzelnen Staaten durch die Reichsgewalt praktisch nicht zur Macht derselben, sondern entweder zu ihrer Ohnmacht, oder zum Mißbrauche und zur Unterdrückung einzelner deutschen Staaten führen würde. Je höher der Thron der Reichsregierung in der Idee gestellt wäre, um so höher würde in der Wirklichkeit die Scheidewand sich aufbauen, welche sie von den einzelnen Staaten und durch diese von dem gesammten deutschen Volke trennte. Nicht also auf die Ueberragung der deutschen Reichsgewalt, sondern auf ihre Versöhnung mit dem Partikularismus, auf eine Wechselwirkung mit den einzelnen deutschen Staaten, auf ein gemeinschaftliches Streben nach dem gemeinsamen Ziele muß die Macht der Reichsregierung in Deutschland begründet werden. Das einzige Mittel, durch welches diese Versöhnung, diese Wechselwirkung, dieses Hand in Handgehen organisch verwirklicht werden können, ist eine verfassungsmäßige Mitwirkung der deutschen Staaten bei der Reichsregierung. Deren Einfluß auf die Reichsgesetz-

gebung wird durch die zum Staaten- und Volks-
 haufe aus den einzelnen Staaten abzuordnenden
 Mitglieder dieser gesetzgebenden Körper hinreichend
 in der Verfassung gesichert. Die Vollziehung der
 Reichsgesetze wird großen Theils nicht unmittelbar
 der Reichsgewalt obliegen, sondern den einzelnen
 deutschen Staatsregierungen in die Hand gegeben
 sein. Mit dem Erlasse der Reichsgesetze und mit
 deren Vollziehung ist aber der Umfang der Wirk-
 samkeit der Reichsgewalt noch nicht erschöpft. Sie
 soll auch regieren, und beim Regieren sind
 außerhalb der Grenzen der Gesetzgebung Beschlüsse
 zu fassen, welche für das Volksleben von dem
 tief eindringendsten Einflusse sind. Daß nun auch
 bei solchen Regierungsbeschlüssen die Sonderinter-
 essen der einzelnen deutschen Staaten in Erwä-
 gung gezogen werden, daß denselben so weit Rech-
 nung getragen werde, als die Zwecke des Reiches
 zulassen, ist eine Anforderung, welche das deutsche
 Volk in seiner Gesamtheit, wie jeder einzelne
 deutsche Volksstamm im Besondern an die Reichs-
 gewalt zu stellen berechtigt sind. Niemand wird
 dieß bezweifeln, und eine Reichsregierung, die mit
 Weisheit geführt wird, möchte solchen Rücksichten

sich nicht überhoben erachten. Es genügt aber nicht, ihr hierin zu vertrauen; dieses Vertrauen muß durch die Verfassung gewährleistet sein, und dieß kann nur dadurch ausreichend geschehen, daß dem Reichsoberhaupt eine Regierungsbehörde beigegeben wird, welche demselben Behufs der Fassung der Regierungsbeschlüsse, theils mit dem Rechte der Zustimmung, theils verathend, theils vermittelnd zur Seite steht, und deren Mitglieder von den einzelnen deutschen Staaten ernannt werden. Diese Regierungsbehörde möchte am angemessensten Reichsstaatsrath zu benennen sein. Zur näheren Anschauung dieses Gedankens mögen folgende Andeutungen von der Zusammensetzung und der Wirksamkeit eines solchen Reichsstaatsrathes dienen.

1. Der Reichsstaatsrath besteht aus den Reichsministern und siebenzehn von den einzelnen deutschen Staaten ernannten Mitgliedern, welche letztere Reichsräthe benannt werden.

Österreich	ernennt	3	Reichsräthe
Preußen	=	3	=
Baiern	=	2	=
Sachsen	=	1	=

Hannover	ernennt 1 Reichsrath
Württemberg	= 1
Baden	} = 1
Hohenzollern	
Lichtenstein	} = 1
Kurhessen	
Großherzogthum Hessen	} = 1
Hessen = Homburg	
Hollstein = Schleswig = Lauen- burg	} = 1
Mecklenburg = Schwerin	
Mecklenburg = Strelitz	} = 1
Luxenburg = Limburg	
Oldenburg	} = 1
Braunschweig	
Nassau	} = 1
Lippe	
Waldeck	} = 1
Schaumburg = Lippe	
Großherzogthum Sachsen	} = 1
Herzogthümer Sachsen	
Anhalt	} = 1
Schwarzburg	
Reuß	} = 1
Die vier freien Städte	

Mehrere Staaten, die zusammen nur einen Reichsrath ernennen, werden unter Vermittelung des Reichsoberhauptes wegen ihrer Theilnahme an der Ernennung und Zurückberufung dieses Reichsrathes eine organische Vereinbarung treffen.

Einer von den Reichsräthen, welche Oesterreich, Preußen und Baiern ernennen, muß ein im Heerwesen erfahrener Mann sein.

2. Der Reichsstaatsrath wählt aus seiner Mitte alljährlich seinen Präsidenten, und ernennt sein Ganzeipersonal.

3. Die Wirksamkeit des Reichsstaatsrathes ist theils entscheidend, theils begutachtend, theils vermittelnd.

a. An die entscheidende Zustimmung des Reichsstaatsrathes ist die Reichsregierung gebunden:

aa. bei der Abfassung von Gesetzentwürfen, die dem Reichstage vorgelegt werden sollen,

bb. bei der verfassungsmäßig erforderlichen Genehmigung der von dem Reichstage gefaßten Beschlüsse,

cc. bei den Beschlüssen über Krieg und Frieden mit dem Auslande,

dd. bei allen wegen wichtigerer diplomatischen Verwickelungen mit dem Auslande zu fassenden Beschlüssen,

ee. bei allen Verträgen mit dem Auslande,

ff. bei allen Verwickelungen von Bedeutung mit einzelnen deutschen Staaten, insofern es darauf ankommt, deßhalb einen Beschluß zu fassen,

gg. bei allen Beschlüssen zur Wahrung des Reichsfriedens, insofern die bewaffnete Macht hierzu zu verwenden ist,

hh. bei der Aufnahme von Anlehen in außerordentlichen Fällen.

b. Auch in allen übrigen Fällen, wo eine wichtige Regierungsmaßregel zu berathen ist, hat der Reichsstaatsrath die Verpflichtung sein Gutachten auf Verlangen des Reichsoberhauptes abzugeben. Die Reichsregierung ist aber in allen unter a. nicht besonders benannten Fällen bei ihren Beschlüssen hieran nicht gebunden.

c. Vermittelnd wirken die einzelnen Mitglieder des Reichsstaatsrathes dadurch, daß sie

zugleich die Organe sind, welche die Verbindung zwischen dem Reichsoberhaupte und den einzelnen Staaten erhalten; sie befördern die Mittheilungen, Verfügungen und Anfragen der Reichsregierung an die einzelnen deutschen Staaten, und verhandeln über Anfragen und Mittheilungen der einzelnen deutschen Staaten mit der Reichsregierung.

4. Die Reichsräthe werden auf die Reichsverfassung im Reichsstaatsrathe verpflichtet, und sind wegen aller Verletzungen derselben durch ihre Abstimmungen gleich den Reichsministern verantwortlich, sie sind bei ihren Abstimmungen nicht an die Instructionen der sie ernennenden deutschen Staaten gebunden, diese letzteren aber berechtigt, sie zu jeder Zeit willkürlich abzuberufen.

5. Die Beschlüsse des Reichsstaatsrathes werden nach absoluter Stimmenmehrheit gefaßt. Jeder Reichsminister und jeder Reichsrath haben eine Stimme; in den Fällen jedoch, in welchen zur Beschlußnahme der Reichsregierung die entscheidende Zustimmung des Reichsstaatsrathes erforderlich ist, zählen mehr als drei Stimmen der Reichsminister auf einer Seite nur für Drei

Stimmen. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten.

6. Die Verhandlungen des Reichsstaatsrathes werden durch den Druck veröffentlicht. Nur hinsichtlich der auswärtigen Angelegenheiten, der Festungen und der Operationen des Heeres kann von der Mehrheit des Reichsstaatsrathes beschloffen werden, daß die hierauf bezüglichen Verhandlungen nur den einzelnen deutschen Staatsregierungen mitgetheilt werden.

Den Männern gegenüber, für welche diese Mittheilung zunächst bestimmt ist, wird es überflüssig sein, näher auszuführen, daß eine solche Einrichtung die Macht der Reichsregierung in der Idee mildern, in der Wirklichkeit aber ganz ungemein verstärken würde. Wenn den einzelnen deutschen Staaten das Bewußtsein ihrer Mitwirkung bei den wichtigsten Regierungs-Maßregeln der Reichsregierung gegeben ist, wenn ihnen die Ueberzeugung inwohnt, daß dabei ihre Sonderinteressen vertreten werden, wenn auf diese Weise so manche Mißverständnisse und Zerwürfnisse, welche selbst bei der genauesten Begrenzung der Befugnisse der Reichsgewalt zwischen ihr und den ein-

zeln deutschen Staaten so leicht sich erheben
 können, vermieden werden; so werden die ein-
 zeln deutschen Staaten in der Reichsregierung
 nicht die Gegnerin ihrer Sonderinteressen, sondern
 die Vermittlerin derselben mit den Zwecken des
 gesammten deutschen Volkes erkennen; sie werden
 dann praktisch sich selbst als einen Theil im Gan-
 zen wieder finden, und um so geneigter sein, ihre
 Interessen den Gesammtzwecken des deutschen Vol-
 kes unterzuordnen, und zur Verwirklichung der-
 selben in ihrem Bereiche in eine lebendige Wechsel-
 wirkung mit der Reichsregierung zu treten. Nur
 durch ein solches Hand in Handgehen der einzel-
 nen deutschen Regierungen mit der Reichsregierung
 kann die Einheit Deutschlands zu seinem wahren
 Heile, zu seinem Ruhme und zu seiner Ehre un-
 ter den gegebenen Zuständen sich gestalten. Nur
 ein Organismus, in welchem die einzelnen deutschen
 Staaten als die Mitträger der Reichsgewalt an-
 erkannt werden, kann für jetzt praktische Geltung
 erlangen. Etwas Weiteres beabsichtigen, als die
 Bedürfnisse der Gegenwart in das Auge fassen;
 in den Organismus Deutschlands Keime für eine
 künftigen Geschlechtern zusagende Gestaltung legen,

dadurch auf die Republik hinwirken wollen, wie Diese erstreben, auf ein vollständiges Aufgehen der einzelnen Staaten in eine deutsche Gesamtmonarchie, wie Jene möchten, gehört in das Reich wesenloser Ideen, die dem praktischen Staatsmanne als Mißgeburten menschlicher Vermessenheit und staatskünstlerischen Überwizes erscheinen. Der Entwicklungsgang der Völker trogt aller menschlichen Berechnung, und bis jetzt weist die Geschichte gebildeter Völker noch kein Beispiel auf von einem geglückten staatskünstlerischen Versuche, denselben aufzuhalten, oder nach einem bestimmten Ziele zu leiten. Fassen wir also das Bedürfniß der Gegenwart auf, sorgen wir als ehrliche Deutsche mit Verleugnung aller Selbstsucht für Größe, Einheit, Macht, Freiheit und Wohlsein unseres theuern deutschen Vaterlandes in dem Maaße, das jetzt zu erreichen ist, und überlassen wir unseren Nachkommen, die Bedürfnisse ihrer Zeit zu ermessen, und sich auf unsere Schultern zu erheben, um einen vollkommneren Organismus zu schaffen!



